

Argumentationshilfe Folge XIII: Genderwahn

Von Dieter Farwick, BrigGen a.D und Publizist

Angela Merkel hat es als Parteivorsitzende nicht geschafft, in ihrer Partei die absurde „Genderfrage“ zu unterdrücken und gegen die Ausuferung dieser Irrlehre in Schulen und Universitäten, an denen es in Deutschland über 150 Lehrstühle für dieses gibt, zu kämpfen, die von „Steuerzahlenden“ alimentiert werden.

Folgen:

– Für die Vertreter dieses gehobenen Unsinn ist das jeweilige Geschlecht nicht mit der Geburt biologisch geklärt, sondern wird durch die Gesellschaft künstlich konstruiert – durch Milieu, Bildung und Erziehung.

– **Die deutsche Sprache wurde verunstaltet. Im offiziellen Sprachgebrauch wurde das Geschlecht weitgehend eliminiert.**

Aus Radfahrern und – innen wurden „Radfahrende“; aus Studenten und Studentinnen wurden „Studierende“. Auf weitere Beispiele wird verzichtet. Angeblich gibt es nach wissenschaftlichen Erkenntnissen mittlerweile über 20 verschiedene Geschlechter, Grün-Gegenderte gehen gar von mindestens 60 aus. Für öffentliche Toiletten wird eine dritte Toilette für Personen gefordert, die sich weder als Mann noch als Frau fühlen. Die Steigerung ist die Forderung nach **Pissoirs, die Frauen das „Pinkeln“ im Stehen ermöglichen** sollen. Die Vollendung der Gleichberechtigung.

- In TV -Talkshows erhalten fanatisierte Personen die Chance, ihre Bücher vorzustellen und für ihre geistige Verwirrung zu kämpfen.
- Solange diese Frage eine persönliche Orientierung war, konnte man das tolerieren, aber nicht die pseudo-wissenschaftliche, vom Steuerzahler finanzierte öffentliche Präsentation.
- Mit dem Gesetz „**Ehe für alle**“ gibt es weitere Varianten von Ehen.
- **Dringend notwendige Konsequenzen:**
- Steuergelder für diese Irrlehre – z.B. für Lehrstühle – sind sofort zu streichen.
- Die deutsche Sprache muss im offiziellen Sprachgebrauch wieder auf die beiden Geschlechter „Mann“ und „Frau“ reduziert werden.
- Medien sollten das Thema als das behandeln, was es verdient: Ein Thema für eine kleine Randgruppe. Das sollte auch für die Arbeit der Parteien gelten. Sie müssen nicht über jedes Stöckchen springen, das ihnen hingehalten wird.

(Stand: 6.9.2017)